

Brüssel, 26. Mai 2016

Agrarkrise: Dringende Hilfe notwendig und gesetzliche Änderungen notwendig

Milchbauern leiden unter extrem niedrigen Preisen / Europaparlament debattiert über mögliche Hilfsmaßnahmen / Westermayer und Lins stellen Forderungen an den deutschen Milchgipfel am 30. Mai

Der Bundestagsabgeordnete Waldemar Westermayer (CDU) und der Europaabgeordnete Norbert Lins (CDU) fordern ein dringendes Handeln der Politik und der beteiligten Akteure in der Preiskrise im Milchsektor.

„Beim aktuellen Milchpreis kann man nicht mehr von existenzgefährdend, sondern muss schon von 'existenzvernichtend' reden!“, beschreiben die baden-württembergischen Abgeordneten Westermayer und Lins die dramatische Situation im Milchsektor. Preise unter 20 Cent, wie sie in manchen Regionen Deutschlands schon bezahlt werden, liegen weit unter den Herstellungskosten. „Bäuerliche Familienbetriebe in benachteiligten Gebieten, wie wir sie zu Teilen auch in Baden-Württemberg haben, sind davon noch stärker betroffen“, werden die CDU-Abgeordneten konkreter.

„Die Milchbauern in Irland haben seit dem Wegfall der Quote bis zu 17% mehr Milch hergestellt. Bei teilweise ganzjährigem Weidegang herrschen dort optimale Bedingungen“, verweist der Europaparlamentarier Lins auf ganz unterschiedliche Voraussetzungen innerhalb der EU anlässlich der Debatte im Europäischen Parlament über mögliche Krisenmaßnahmen.

Lins sieht dabei die Entwicklung daher nicht nur als rein gesamteuropäisches Problem: „Beim Betrachten der aktuellen Produktionszahlen wird klar, dass es sich um wenige Mitgliedstaaten handelt, die ihre Produktion deutlich ausgeweitet haben. Minister Schmidt könnte sich durchaus Gedanken machen, sich mit seinen europäischen Amtskollegen aus den betreffenden Ländern dazu auszutauschen und gleichgerichtete Maßnahmen zu diskutieren“, macht der EVP-Abgeordnete deutlich.

„Zur Lösung des Problems müssten darüber hinaus auch nationale Maßnahmen ergriffen werden“, sagte Waldemar Westermayer. Der Bundestagsabgeordnete regte ein breites Bündel von Maßnahmen an: „Neben direkten Liquiditätshilfen, einer erneuten Anhebung des Bundeszuschusses zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung und Steuererleichterungen müssen wir auch den Zugang der Landwirte zu Fremdkapital erleichtern. Viele Bauern haben in den letzten Jahren ihre Höfe erweitert und können diese nun nicht mehr finanzieren. Hier müssen wir mit Bürgschaften helfen, die kurzfristig die Not lindern, aber keine langfristige Lösung darstellen“, betonte Westermayer. „Insgesamt dürfen nationale Hilfen nicht dazu führen, dass weiterhin am Markt vorbeiproduziert wird“, stellte Westermayer klar.

„Außerdem müssen wir auch den rechtlichen Rahmen verändern“, ergänzte der CDU-Abgeordnete. Er führte weiter aus: „Im geänderten Agrarmarktstrukturgesetz müssen wir Branchenvereinbarungen zur Milchmenge ermöglichen. Außerdem muss die Position der Erzeuger gestärkt werden und es muss endlich eine faire Verteilung des Preisrisikos hergestellt werden.“ Wir müssen es ermöglichen, dass Mengen variabel verkauft werden können, und wir brauchen Lösungen im vertraglichen Bereich, insbesondere bezüglich der starren Abnahmeregeln der Genossenschaften und der

sehr langen Laufzeiten“. Konkret nannte Westermayer diesbezüglich die Abschaffung der Andienungspflicht und die Allgemeinverbindlichkeit von Mengenvereinbarungen.

Mit mehreren Kollegen forderten beide Abgeordnete schon im vergangenen Herbst in einem Papier die Installation verschiedener Abwehrmechanismen: „Eine Mengenregulierung von staatlicher Seite wird es nicht mehr geben. Allerdings glauben wir, dass alle Marktpartner Möglichkeiten entwickeln und nutzen müssen, um den Preis langfristig wenigstens in einer bestimmten Menge, in einer bestimmten Qualität und in bestimmten Regionen zu stabilisieren“, wiederholen die beiden CDU-Politiker die Möglichkeit für ein Prämienmodell. Hier sind vor allem die Milchindustrie und die Vertreter der Milchbauern gefordert, konkrete Ausgestaltungsvorschläge zu machen, die schnell zu einer Mengenreduzierung führen. Durch die Entscheidung der Europäischen Kommission zu Art. 222 der Gemeinsamen Marktorganisation wäre nun auch die Bundesregierung in der Lage, dies finanziell zu unterstützen. Allerdings muss die Kommission das von ihr vorgeschlagene Zeitfenster von sechs Monaten deutlich ausdehnen.

Doch dies allein wird nicht ausreichen. „Wem Landschaft, Natur und Tiere etwas bedeuten, der muss bereit sein, einen adäquaten Preis zu bezahlen und damit Pflege aus bäuerlicher Hand dauerhaft zu fördern! Und zwar unabhängig von Bewirtschaftungsform, Hofgröße und Effektivität!“, nehmen die Abgeordneten alle Akteure der Produktionskette sowie die Verbraucher abschließend in die Pflicht.